



Wittekindstraße 31  
50937 Köln  
Mobil: +49 171 362 16 97  
Fax: +49 221 420 06 41  
wolf-georg.rohde@wgr-beratung.de  
www.wgr-beratung.de  
USt-ID-Nr. DE351159001

Köln, 04.03.2025

## WGR-Aktuell März 2025

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Deutschland hat gerade noch mittig gewählt und die EU kommt zur Besinnung – so wollen wir optimistisch in den Frühling starten. Tatsächlich gibt es Anlass zur Hoffnung, dass dem Regulierungswahn erst mal ein Ende gesetzt wird. Offensichtlich war es Deutschland und der EU in den letzten beiden Jahrzehnten zu gut gegangen. Im Vordergrund vieler politischer Entscheidungen standen die Vorstellungen, die Welt besser zu machen, ohne Rücksicht auf die ökonomischen Kräfte zu nehmen.

Jüngstes Beispiel einer Korrektur sind die Strafzahlungen für die Automobilindustrie in der EU bezüglich des Flottenverbrauchs, für die es jetzt 2 Jahre mehr Zeit geben soll. Prompt wird das Ganze von Umweltverbänden als Katastrophe und Gängelung durch die Automobilindustrie gegeißelt. So, als ob der Autokonzern bestimmen würde, was gekauft wird. Erstaunlich ist schon, dass der Nachfrager, also der Käufer ungeschoren davon kommt. Ganz sicher wären die Autokonzerne heilfroh, wenn sie viel mehr Elektroautos verkaufen könnten. Die Nachfrage ist aber leider nicht in dem Umfang da, wie es nötig wäre. Kein Problem, sagen die Superschlaunen, dann sollen die doch gar keine Verbrenner mehr anbieten.

Okay, dann gehen einige 100.000 Arbeitsplätze verloren. Okay, dann kommen die Verbrenner eben außerhalb von Europa, Hauptsache „unsere“ Unternehmen sind klinisch rein. Vielen der Ideologen fehlt ja die Erfahrung einer hohen Arbeitslosigkeit. Bisweilen mag man sich als Ökonom eine solche Entwicklung wünschen, damit ultimative Weltverbesserer geerdet werden.

Auch das Lieferkettengesetz soll entschärft werden. Die jetzige Regelung, sei es die der EU, sei es die Deutschlands wird entschlackt und vor Allem für KMU erleichtert. Hier ist

das Geschrei nicht mehr ganz so groß, weil die Welt keinen Deut besser geworden ist und allenfalls Großkonzerne und große Wirtschaftsprüfungsgesellschaften ihren Spaß daran hatten.

Deutschlands Rezession setzt sich erst mal fort, gleichwohl der Aktienindex DAX immer neu Rekorde verzeichnet. Warum? Weil die DAX-Konzerne ihre Gewinne im Ausland erzielen, was sogar über die öffentlichen Medien verbreitet wird. Dazu kommt die zunehmende Bereitschaft auch mittelständischer Unternehmen, Produktionsstätten vor Allem im EU-Ausland zu errichten. Geringere Lohnkosten, geringere Steuerbelastungen und insbesondere weniger bürokratische Vorschriften erleichtern den Abgang. Eine win to win Situation für diejenigen, die sich deutsche Unternehmen zur Zielscheibe vorgenommen haben, möchte man bitter-ironisch hinzufügen.

Es wäre also eine gute Gelegenheit für die neue deutsche Regierung sich hier zu beweisen und die Fortschrittskoalition zu werden, die die alte Ampel definitiv nicht war. Der Juniorpartner müsste dazu einigen ideologischen Ballast abwerfen, z.B., zurück vom Zurück vom Schröderschen Harz 4 oder weg vom wirkungsbefreiten Mietpreisdeckel. An sich hat die SPD schon mehrfach bewiesen, dass sie Wirtschaft kann. SPD und freie Marktwirtschaft waren zumindest in Jahren der Kanzler Schmidt und Schröder keine Gegensätze.

Ausgerechnet die derzeitige weltpolitische Lage um Trump, Putin und Xi ermöglicht einen Neustart. Weder die EU noch Deutschland können sich erlauben zwischen diesen Kraftpaketen zermalmt zu werden. Gefahren von außen haben schon immer den inneren politischen Zusammenhalt gefördert. Will Deutschland nicht in der politischen Bedeutungslosigkeit versinken, muss es als starke Nation auftreten. Ein Hadern mit sich selbst können wir uns nicht erlauben. Somit lastet ein Einigungszwang auf den Schultern der zukünftigen Koalitionäre.

Dazu kommt noch die Gefahr von innen in Form populistischer Phrasendrescher. Wenn die Mitte jetzt nicht regieren kann, dann erst mal gar nicht und Politik wird gemacht als Irrlichtern zwischen rechts- und linksextrem. Dann hilft nur noch die Insolvenz des Politikbetriebs als Neustart.

Wie gesagt, wir wollen optimistisch sein. Der Abbau von Überregulation und überbordender Bürokratie ist doch schon mal ein gemeinsamer Nenner. Etwas mehr Wirtschaftskraft als deren Folge wäre außerordentlich hilfreich.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam WGR-Aktuell